

Dieses aber muß das vorrangige Interesse der Kirchen sein: Erst wenn die hier aufwachsende Generation der Muslime nicht zuletzt mit Hilfe des Religionsunterrichts die Chance hat, ihre Tradition und ihren Glauben in die deutsche Lebenswirklichkeit zu integrieren, kann sie auch für die Kirchen dialogbereit werden. A. F.

## Gratwanderung

*Frankreichs Kirche und die nichtehelichen Lebensgemeinschaften*

In verschiedenen westeuropäischen Ländern steht gegenwärtig die Frage auf der politischen Tagesordnung, wie und ob man staatlicherseits dem Begehren nach einer gewissen Anerkennung nichtehelicher Partnerschaften (einschließlich homosexueller) entgegenkommen soll (vgl. ds. Heft, 197 ff.). Justizministerin *Herta Däubler-Gmelin* kündigte in einem ihrer ersten Interviews nach der Regierungsbildung entsprechende Bestrebungen seitens der Schröder-Regierung an. In Italien tauchte jüngst erstmals in einer gesetzlichen Regelung zum Umgang mit Verfahren künstlicher Befruchtung der Begriff „Partner“ ohne das Attribut „Ehe“ auf. Weitere Gesetzesänderungen sind in Planung.

Um zwei Gruppen geht es im wesentlichen überall: Zum einen um heterosexuelle nichteheliche, aber eheähnliche Partnerschaften, unabhängig davon, ob sie auf Dauer als solche gewollt sind oder nur für einen bestimmten, unter Umständen recht langen Zeitraum eingegangen werden. Zum anderen um das Zusammenleben Homosexueller, die in der geltenden Gesetzeslage der Nichtanerkennung geradezu eine Form der Diskriminierung erblicken. Am weitesten vorangeschritten ist die Diskussion in Frankreich. Kein Geset-

zesvorhaben der amtierenden linken Regierung hat bisher so die Emotionen bewegt wie der sogenannte „Pacte civil de solidarité“ (PACS). Für einen Teil der Linken hat das Gesetz einen Stellenwert erhalten, der über seinen materialen Gehalt hinausgeht – entsprechend prinzipiell ist die Gegnerschaft im rechten Lager bzw. bei der extremen Rechten.

Nur schon die bisherige parlamentarische Behandlung des Themas sagt viel darüber, wie schwer sich Frankreich damit tut. Im Herbst vergangenen Jahres erreichte die Regierung bei einer Abstimmung nicht das erforderliche Mehr – ein Warnzeichen auch für die Stimmung innerhalb der Mehrheitsfraktionen. Über die zweite Kammer, den Senat, brachte die Opposition im März einen alternativen Gesetzentwurf ein, der auch Parlamentariern der Regierungsmehrheit interessant zu sein scheint: Die Einführung des Instituts des „concubinages“ (Konkubinats) wäre klarer unterscheidbar von der Ehe als der PACS, schloße aber homosexuelle Beziehungen durchaus mit ein.

Zu einer Zerreißprobe wurde die Behandlung des Gesetzesvorhabens auch für die katholische Kirche, die – zusammen mit Gruppierungen aus anderen Religionsgemeinschaften und Konfessionen – zu ihren entschiedensten Kritikern zählt. Die Bischöfe, vertreten durch den Vorsitzenden ihrer Familien-Kommission, den Pariser Weihbischof *André Vingt-Trois*, verstehen sich dabei dezidiert nicht als Lobbyisten partikularer kirchlicher Interessen, sondern als Anwalt des Gemeinwohls. Durch die Schaffung eines eigenen qualifizierten Status für Paare, die nicht verheiratet sind, befürchten sie eine Schädigung des Bewußtseins für den unverwechselbaren Stellenwert von Ehe und Familie.

Je länger die Debatte verlief, desto stärker traten für die Bischöfe Fragen der Methodik ihres Einspruchs nach vorne. Wenn Bischöfe sich mit dem Gewicht ihres Amtes in politische Debatten einmischen, reagiert man in einer laizi-

stisch geprägten politischen Kultur wie in Frankreich traditionell besonders sensibel. Eine Mehrheit der Franzosen ist der Ansicht, die Bischöfe hätten sich aus dieser Frage ganz herauszuhalten. Selbst unter regelmäßig praktizierenden Katholiken waren es nur 56 Prozent der Befragten, die sich mit der Haltung völlig oder ziemlich einverstanden erklärten (La Vie, 1. 10.98).

Offensichtlich wurden die *unterschiedlichen Meinungen* in dieser Frage bis hinein in die Bischofskonferenz Ende Januar, als verschiedene Gruppierungen, darunter auch katholische, zu einer Großdemonstration gegen den PACS in Paris aufriefen. Während einzelne Bischöfe ausdrücklich zur Teilnahme an der Demonstration aufriefen, hielt sich die Bischofskonferenz bzw. ihr Vorsitzender, Bischof *Louis-Marie Billé*, zurück. Weihbischof *Vingt-Trois* argumentierte, die Demonstration habe ein „politisches Ziel“ und verfolge eine „politische Strategie“. Auf einem solchen Gebiet könnten sich die Bischöfe nicht bewegen.

Die Bischöfe blieben damit jener Gratwanderung treu, die sie bereits 1984 bei der berühmten Demonstration zugunsten der freien, zumeist kirchlichen Schulen zu Beginn der Präsidentschaft Mitterrand eingeschlagen hatten: deutlich in der Sache, aber auf Distanz zu den politischen Gruppierungen, die sich den entsprechenden Anliegen verschreiben. Als Problem erweist sich dabei immer wieder auch das Verhältnis zu rechtsextremen und/oder traditionalistischen Gruppierungen, die sich gern als lautstarke Sprecher kirchlicher Interessen geben.

„La Croix“ (1. 2. 99) bewertete den Verlauf der Januar-Demonstration jedenfalls als ein Dementi all dessen, was in der Öffentlichkeit angesagt, befürchtet oder an die Wand gemalt worden war. In der Demonstration mochte der Kommentator eher eine positive Botschaft erkennen als jenen „reaktionären bzw. klerikalen Pakt“, den „Le Monde“ (31. 1. 99) tags zuvor meinte ausgemacht zu haben. K. N.